

11. Öffentliche Ratsversammlung am 23.2.1950.

pp.

Einschränkung des Erholungsgebietes Teutoburger Wald durch die Erweiterung des Schiessplatzes in der Senne.

Der von Ratsmitglied Bröker zur Geschäftsordnung gestellte Dringlichkeitsantrag, diesen Punkt außerhalb der Tagesordnung zu beraten, wird einstimmig angenommen.

Nachdem Bürgermeister Dr. Moes den von Ratsmitglied Bröker vorgelegten Vorschlag einer Entschliessung verlesen hat, nehmen die Ratsmitglieder Bröker, Frau Fricke, Meyer und Henne ausführlich zu dieser Angelegenheit Stellung. Die Ratsversammlung sieht in der Einschränkung des Erholungsgebietes Teutoburger Wald einen Einschnitt in die Lebensnotwendigkeiten nicht nur der Stadt Detmold, sondern darüber hinaus eines weiten Gebietes und nimmt mit Genugtuung von der Initiative der Schüler des Leopoldiniums Kenntnis, die an ihrem Wandertage einen stummen Demonstrationzug entlang den geplanten Grenzen des erweiterten Schiessplatzes durchgeführt haben.

Ratsmitglied Henne weist darauf hin, dass die Landtagsfraktion der KPD schon eine entsprechende Vorlage eingebracht habe und bittet, die Entschliessung in die Form eines Protestes zu ergänzen, der neben den sonstigen zuständigen Stellen direkt dem Landtag Nordrhein-Westfalen zugeleitet werden solle.

Bürgermeister Dr. Moes schlägt vor, die folgende von Ratsmitglied Bröker vorgeschlagene Entschliessung mit einem ergänzenden Beleit-
schreiben neben den weiteren zuständigen Stellen direkt dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Bundestag zuzuleiten. Die Ratsversammlung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

" Entschliessung:

Die am 23. Februar 1950 in Detmold tagende Ratsversammlung hat mit grosser Sorge von den Plänen Kenntnis erhalten, die eine Erweiterung des Schiessplatzes in der Senne und dadurch eine Einschränkung des Erholungsgebietes Teutoburger Wald zum Ziele haben. Die Ratsversammlung bittet Bürgermeister und Verwaltung dringend, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um diese Gefahr für den Teutoburger Wald abzuwenden, da auch die Stadt Detmold davon stark betroffen wird. Die gesamte Bevölkerung ist eihmütig der Ansicht, dass den beteiligten Stellen andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um ihre Schiessübungen abzuhalten. Der Fremdenverkehr bedeutet für das Lipperland und die Stadt Detmold eine Existenzgrundlage, die durch dieses Vorhaben stark erschüttert werden kann. Es darf deshalb nichts unversucht gelassen werden, um sofort mit allem Nachdruck auf die Folgen hinzuweisen."

Herr Regierungspräsident Drake, der von Bürgermeister Dr. Moes gebeten wird, das Wort zu dieser Angelegenheit zu nehmen, erklärt u.a. dass sein Erscheinen einen Höflichkeitsakt gegenüber der Selbstverwaltung darstelle. Er sei der Einladung gern gefolgt, habe jedoch nicht die Absicht, an der Debatte teilzunehmen. Seine Haltung zu der Angelegenheit habe er bereits eindeutig kundgetan, so dass dem hier nichts mehr hinzuzufügen sei.

Begl.: Paul Henne